

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 35 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 140

Samstag, den 18. Juni 1932

Jahrgang 105

Der Zahlungsausschub unbefristet verlängert Keine Tributzahlungen bis zur Endlösung — Frankreich bleibt hartnäckig

ZU. Lausanne, 18. Juni. Der englische Ministerpräsident MacDonald gab am Freitag gleich zu Beginn der Vollziehung in seiner Eigenschaft als Präsident der Tributzonkonferenz die anscheinend überraschende Erklärung ab, daß die englische, die französische, die italienische, die japanische und die belgische Regierung sich geeinigt hätten, das am 1. Juli abzulaufende Hoovermoratorium vorläufig unbefristet zu verlängern.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: „Die unterzeichneten Regierungen sind durchdrungen von dem wachsenden Ernst der wirtschaftlichen und finanziellen Gefahren, die die Welt bedrohen. Soweit von der Dringlichkeit der Probleme, die auf der Lausanner Konferenz zur Verhandlung gelangen, ferner tiefüberzeugt, daß diese Probleme eine endgültige und präzise Lösung verlangen, die eine Besserung der allgemeinen Bedingungen Europas ermöglichen, eine Lösung, die unverzüglich und ohne Unterbrechung im Rahmen einer allgemeinen Regelung gesucht werden muß, stellen fest, daß gewisse Reparationszahlungen und Kriegsschulden am 1. Juli fällig werden.“

Diese Regierungen sind der Ansicht, daß — um eine ununterbrochene Weiterführung der Arbeiten der Konferenz zu ermöglichen, die Leistung der Zahlungen, die den an der Konferenz beteiligten Regierungen geschuldet werden, auf dem Reparationskonto oder als Kriegsschulden während der Dauer der Konferenz aufgeschoben würden, jedoch unter dem Vorbehalt der Lösungen, die später gefunden werden. Die Regierungen erklären ihren festen Willen, in kürzest möglicher Frist zu einem Ergebnis auf der Konferenz zu gelangen. Da der Zinsendienst für die auf den Kapitalmärkten aufgelegten Anleihen durch diese Entscheidung nicht berührt wird, erklären die unterzeichneten Regierungen, daß sie für ihren Teil bereit sind, entsprechend dieser Regelung zu handeln, sie ersuchen die übrigen Gläubigerregierungen, die gleiche Haltung einzunehmen.“

Die Reparationserklärung der fünf Mächte ist nach Mitteilung von französischer Seite dahin zu verstehen, daß die ab 1. Juli nach Ablauf des Hoover-Moratoriums wieder fälligen gesamten deutschen Reparationszahlungen — sowohl der geschuldeten wie auch der ungeschuldeten Teil — auf unbestimmte Zeit bedingungslos hinausgeschoben werden. Die Erklärung bedeutet eine Neuregelung insofern, als der bisherige Vorbehalt Frankreichs wegen des ungeschuldeten Teiles der deutschen Reparationszahlungen damit in Wegfall kommt und sämtliche deutschen Reparationslasten nunmehr unter die Erklärung der fünf Gläubigermächte fallen. Jedoch bezieht sich die Erklärung nur auf die deutschen Reparationszahlungen und nicht auf die interalliierte Schuldenfrage, die endgültig nur mit den Vereinigten Staaten geregelt werden kann.

Reichskanzler v. Papen zur Moratoriumsverlängerung

Unmittelbar nach Abgabe der Erklärung wurde die Sitzung für geheim erklärt und die sachlichen Beratungen begannen mit einer großen Rede des Reichskanzlers von Papen. Der Reichskanzler legte hierbei sehr deutlich den Standpunkt der deutschen Regierung zur Tributfrage dar, wobei er besonders die Entwicklung der Weltwirtschaft während der letzten Jahre kennzeichnete. Er schilderte sodann die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands. Er kritisierte sehr scharf die seitberigenden Tributregelungen und die Verwendung der Tribute. Auf die Mitteilung des Präsidenten der Konferenz, MacDonald, über die vorläufige unbefristete Verlängerung des Moratoriums für alle Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen gab der Reichskanzler folgende Erklärung ab:

„Ich habe von der Erklärung des englischen Ministerpräsidenten MacDonald mit größtem Interesse Kenntnis genommen und weiß die Absicht, der diese Erklärung entspringen ist, wohl zu würdigen. Diese Erklärung ist ein sichtbarer Beweis für den festen Willen der beteiligten Staaten, die Arbeiten der Konferenz zu einer endgültigen Regelung zu führen, die die heutige Lage erfordert. Ich kann nur wünschen, daß die Erklärung von den hier vertretenen Völkern und der Weltöffentlichkeit im gleichen Sinne verstanden wird. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese Hoffnungen enttäuscht würden.“

Seine Ausführungen schloß der Kanzler mit der Feststellung, daß sich die Geschichte der Reparationen heute als eine Reihe von Experimenten darstelle, die man in immer neuer Form, aber immer mit dem gleichen Mißerfolg am deutschen Volkskörper vollzogen habe. Die Erfahrungen der letzten Jahre könnten nur dahin zusammengefaßt werden: Die Reparationsleistungen haben sich als unmöglich und schädlich erwiesen. Diese Erfahrungen schließen die Möglichkeit aus, in der Hoffnung auf die künftige Entwicklung ein neues Experiment mit den Reparationen zu ma-

chen, das doch wieder zu dem gleichen Mißerfolg wie die bisherigen Versuche führen müßte.

Das zwingende Gebot der Stunde sei, den Blick von der Vergangenheit auf die Zukunft zu lenken und zu handeln. Die Zeit der kleinen Mittel, der Atempause, der Vertagungen sei endgültig vorbei. Es müsse jetzt ganze Arbeit geleistet werden. Er sehe die große historische Aufgabe dieser Konferenz darin, aus dem verhängnisvollen circulus vitiosus der Vergangenheit endgültig herauszukommen und so den Weg für eine bessere Zusammenarbeit freizumachen, die alle einer besseren Zukunft entgegenführen kann.

Anschließend gab der französische Ministerpräsident Herriot eine Erklärung ab, die deutlich zeigt, daß die französische Regierung eine vollständige Streichung der Tribute ablehnt und an dem Grundsatz neuer politischer Sicherheitsgarantien, sowie von Zugeständnissen Deutschlands auf dem Gebiete der Abrüstung festhält, also einen Verzicht Deutschlands auf die Revision der internationalen Verträge und Verzicht auf die Gleichberechtigung fordert. Die französische Regierung macht somit die endgültige Regelung der Reparationsfrage von einem neuen politischen Sicherheitsproblem abhängig. Der englische Schatzkanzler Chamberlain verlas sodann eine Erklärung, nach der die englische Regierung eine endgültige Regelung der gesamten Reparationen fordere und bereit sei, von sich aus auf alle weiteren Reparationszahlungen Deutschlands zu verzichten, falls auch sämtliche übrigen Mächte das gleiche täten. Der italienische Finanzminister Mosconi sagte, die Haltung der italienischen Regierung in der Reparationsfrage sei bereits eindeutig durch die Erklärungen des Ministerpräsidenten Mussolini festgelegt. Nur auf diesem Wege könne eine endgültige und vernünftige Lösung gefunden werden. Der unmittelbare wirtschaftliche Zusammenhang zwischen allen Ländern brauche heute nicht mehr weiter bewiesen zu werden und müsse jetzt in volle Uebereinstimmung mit den Tatsachen gebracht werden. Der belgische Ministerpräsident Renkin erklärte, die belgische Regierung könne einer glatten Streichung der Reparationen nicht zustimmen, da Belgien hiervon am härtesten von allen Ländern betroffen sein würde. Belgien würde sich jedoch einer Anpassung der Reparationszahlungen an die gegenwärtige Wirtschaftslage nicht widersetzen. Belgien benötige die Reparationszahlungen für sein finanzielles Gleichgewicht. Der japanische Botschafter Yoshida erklärte, seine Regierung werde jede Lösung der Reparationsfrage annehmen, die zu einer Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise führen könnte.

Ohne weitere Aussprache wurden sodann die Verhandlungen auf Dienstag vertagt. Die 6 einladenden Großmächte treten am Montag zu einer vertraulichen Besprechung zusammen. Die Zeit bis zu der nächsten Vollziehung

Tages-Spiegel

Auf der Lausanner Konferenz haben sich die Reparationsmächte geeinigt, das Hoover-Moratorium unbefristet zu verlängern.

In Lausanne beginnt jetzt erst der eigentliche Kampf. Der deutsche Hauptgegner ist nach wie vor Frankreich, das hartnäckig um jedes Zugeständnis handelt.

Präsident Hoover hat auf den Beschluß der Reparationsmächte hin erklärt, daß auch Amerika zu Zahlungserleichterungen bereit sei.

Die englische Regierung hat in Lausanne einen Sicherheitsvorschlag zur Verhandlung gestellt, der die Lösung der Abrüstungsfrage erleichtern soll.

Die bayerische Regierung hat nach stürmischen Vorgängen im Landtag ein Uniformverbot bis zum 30. September erlassen.

In Chile gelang es einer gegenrevolutionären Bewegung, die erst kürzlich gebildete Regierung zu stürzen.

In Stuttgart kam es gestern zu kommunistischen Kundgebungen und Zusammenstößen mit Nationalsozialisten. Die Polizei mußte verschiedentlich eingreifen.

am Dienstag soll ausschließlich den privaten Verhandlungen zwischen den Ministern gewidmet sein. — In Konferenzkreisen besteht übereinstimmend der Eindruck, daß die französische Regierung ihre Zustimmung zu jeder endgültigen Reparationsregelung davon abhängig macht, daß Deutschland sowohl eine Abschlußzahlung für die Reparationen, als auch neue politische Sicherheitsgarantien leistet. Einen entsprechenden französischen Vorschlag an Deutschland erwartet man bereits in den nächsten Tagen.

Ministerpräsident MacDonald begibt sich heute abend zum Wochenende nach Genf. Der französische Ministerpräsident Herriot ist am Freitag nach Paris abgereist und beabsichtigt am Montag zurückzukehren.

Amerika zu Zahlungserleichterungen bereit

Washington, 18. Juni. Präsident Hoover hat auf die Nachricht über das Fünf-Mächte-Abkommen in Lausanne hin, das eine vorläufige Einstellung der Zahlungen aus den politischen Schuldenabkommen und den Reparationsabmachungen vorsieht, den Führern der europäischen Mächte die Mitteilung zukommen lassen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gewillt sei, auch ihrerseits mit den europäischen Schuldnermächten Verhandlungen über Zahlungserleichterungen aufzunehmen, falls die europäischen Länder untereinander eine annehmbare Reparationsregelung erzielen sollten.

Bayern erläßt Uniformverbot

Sturm im bayrischen Landtag — Die gesamte nationalsozialistische Fraktion ausgeschlossen

ZU. München, 18. Juni. In der Freitagssitzung des Bayerischen Landtags erschienen die Nationalsozialisten im braunen Hemd mit Parteibinde. Präsident Stang gab darauf eine Erklärung ab, wonach am 6. Juni 1930 Landtagsmitglieder ebenfalls den Saal in Parteiform betreten hätten. Das Haus habe damals seinen Standpunkt bekräftigt, daß das Auftreten in der Uniform einer Partei oder eines politischen Verbandes einen demonstrativen und provokatorischen Charakter habe. Er habe damals unter Billigung des Hauses gefordert, daß in Zukunft das Auftreten in Uniform zu unterbleiben habe. Die Erklärung wurde immer wieder durch stürmische Zurufe der Nationalsozialisten unterbrochen. Der Präsident erklärte weiter, Demonstrationen und Provokationen seien heute genau so wenig wie damals am Platz und bildeten eine schwere Störung der Ordnung der nat. soz. Mitglieder von der Sitzung aus. Als der Präsident hierauf die Namen der Mitglieder der nat. soz. Fraktion verlesen wollte, trat der nat. soz. Abgeordnete Esser auf das Rednerpodium und rief in den Saal: „Anserem Führer Adolf Hitler ein dreifaches Heil!“ Die Nat. Soz. stimmten in den Ruf ein. Hierauf rief Esser: „Der Regierung Heil ein dreifaches Nieder!“ Auch in diesen Ruf stimmten die Nationalsozialisten dreimal ein. Der Präsident unterbrach hierauf die Sitzung. Die Nationalsozialisten stimmten das Horst-Wessel-Lied an, während die Abgeordneten der übrigen Fraktionen den Saal verließen.

Der Präsident berief sofort den Ältestenrat zusammen. Bei Wiederaufnahme der Vollziehung waren die Nationalsozialisten größtenteils in Zivilkleidung erschienen. Präsi-

dent Stang erklärte, er schließe sämtliche Mitglieder der nat. soz. Fraktion auf 8 Tage von den Sitzungen aus. Diese Erklärung des Präsidenten rief neuerdings großen Lärm und stürmische Psalmen bei den Nat. Soz. hervor. Da sie sich weigerten, den Landtagssaal zu verlassen, erschienen Kriminalbeamte und Grüne Polizei im Saal. Die sämtlichen nat. soz. Abgeordneten wurden von den Kriminalbeamten einzeln aus dem Saal geführt, wobei es wieder zu stürmischen Zwischenrufen kam.

Bayern verbietet das Tragen von Uniformen.

Amlich wird gemeldet: Der Herr Reichspräsident ist bei der Aufhebung des Uniformverbots von der Erwartung ausgegangen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen werde und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Die bayerische Staatsregierung konnte diese Erwartung von vornherein nicht teilen. Sie wollte aber zunächst die Entwicklung abwarten und sich nur vorbehalten, zur Vermeidung von Ausschreitungen beschränkende Vorschriften über das Uniformtragen für bestimmte Anlässe ins Auge zu fassen. Die heutigen empfindlichen Vorgänge im Landtag, die sich unmittelbar gegen den Fortbestand der verfassungsmäßigen Einrichtungen und des Verfassungslebens in Bayern richten, zwingen aber die Staatsregierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande zu gewährleisten. Sie hat sich deshalb entschlossen, auf Grund des Landespolizeirechts das Tragen von Parteiformen bis zum 30. September d. J. für das ganze Land Bayern zu verbieten.

monikas
gibt sehr bill.
armonika-
ohnsofer,
heim
straße 45.
wird erlöst.
den schnell
billig.
monikas kön-
neuen Klub-
beaufsicht werd
suchen
sucht Stelle
halt u. Land-
beschäftigen.
te an die Ge-
Bl.
bank
ufen.
die Geschäfts-
lattes.
messer
schwarz ab-
n bei
Obermatt.

Amtl. Erläuterung zur politischen Notverordnung

Zu der neuen politischen Notverordnung wird eine amtliche Erläuterung gegeben, in der es u. a. heißt:

„Entsprechend ihrer Erklärung bei der Uebernahme der Geschäfte hat die Reichsregierung dem Herrn Reichspräsidenten Vorschläge für Milderung der seit Herbst 1931 erlassenen politischen Ausnahmebestimmungen gemacht. Reichspräsident wie Reichsregierung lassen sich bei den neuen Vorschriften von der Absicht leiten, die durch die früheren Notverordnungen erheblich eingeschränkte politische Freiheit namentlich für die wichtige bevorstehende Wahlentscheidung teilweise wiederherzustellen. Die Reichsregierung wollte an den einzelnen bisherigen Vorschriften keine Streichungen, Ergänzungen und Änderungen vornehmen. Sie hat vielmehr die Vorschriften in einer neuen Verordnung zusammengefasst, um sowohl der Bevölkerung einen klaren Ueberblick über die Bestimmungen zu geben, als auch den Behörden die richtige Anwendung zu erleichtern. Ein Vergleich der aufgehobenen Verordnungen mit der neuen ergibt, daß die bisherigen Vorschriften weitgehend gemildert sind.“

Auf dem Gebiete des Versammlungsrechts sind die Bestimmungen über die Anmeldung und das Verbot von öffentlichen Versammlungen und von Lastwagenfahrten gestrichen. Ein vorheriges Verbot von solchen Versammlungen und Aufzügen ist auf Grund der neuen Verordnung nicht mehr gegeben. Sollte jedoch die Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit zu Störungen der öffentlichen Ruhe führen, so ist dem Reichsminister des Innern erneut die Ermächtigung gegeben, für das Reichsgebiet oder einzelne Teile Bestimmungen über die Anmeldung und das Verbot von Versammlungen zu treffen. Die Befugnis der zuständigen Landes- und Ortspolizeibehörden, Versammlungen unter freiem Himmel wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu verbieten, ist durch die neuen Vorschriften selbstverständlich nicht berührt.

Die Befugnis der Polizei, öffentliche politische Versammlungen sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel aufzulösen, ist aus dem bisherigen Recht mit der Einschränkung übernommen, daß der Auflösungsgrund der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung weggefallen ist. Vollständig aufgehoben werden durch die neue Verordnung sämtliche einschränkende Bestimmungen über Plakate oder Flugblätter politischen Inhalts.

Im übrigen sind die Vorschriften über die Beschlagnahme und Einziehung von Druckschriften einschließlich periodischer Druckschriften (Zeitungen) weggefallen. Daneben hat die Bestimmung über das Verbot periodischer Druckschriften im wesentlichen aufrechterhalten werden müssen, da auch die letzten Tage wieder gezeigt haben, daß die Vorschriften leider noch nicht entbehrt werden können. Der bisherige Verbotsgrund der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der wegen seiner weitgehenden Fassung besonders zu Beanstandungen Anlaß gegeben hatte, ist durch einen neuen Verbotsgrund ersetzt worden. Nach diesem kann das Erscheinen einer periodischen Druckschrift auf gewisse Dauer dann untersagt werden, wenn sie lebenswichtige Interessen des Staates dadurch gefährdet, daß unwahre oder entstellende Tatsachen behauptet oder verbreitet werden. Gedacht ist hier etwa an unwahre Behauptungen, durch welche die Währung oder die Interessen der

Landesverteidigung gefährdet werden. Die Höchstdauer des Verbotes einer Tageszeitung ist von acht auf vier Wochen herabgesetzt worden. Es ist der Wunsch der Reichsregierung, daß die Bestimmungen über das Verbot periodischer Druckschriften von den zu ihrer Anwendung berufenen Landesbehörden nicht mit übertriebener Schärfe angewendet werden.

Zu denjenigen früheren Verordnungen, an deren Stelle die neue Verordnung tritt, gehört auch die Verordnung vom 18. April 1932, durch welche die sogenannten militärischen Organisationen der NSDAP. aufgelöst wurden. Der Herr Reichspräsident hatte schon alsbald nach dem Erlass dieser Verordnung den Wunsch geäußert, daß allgemeine und gleichmäßig anzuwendende Vorschriften für alle Verbände solcher Art erlassen werden müßten. Als Ersatz für die Bestimmungen, die daraufhin zunächst in der Verordnung vom 3. Mai 1932 über politische Verbände getroffen worden waren, sind in die neue Verordnung Vorschriften aufgenommen worden, nach denen politische Verbände, deren Mitglieder in geschlossener Ordnung öffentlich aufzutreten pflegen, auf Verlangen des Reichsministers des Innern verpflichtet sind, ihm ihre Satzungen und sonstige Bestimmungen über ihre Organisation und Tätigkeit vorzulegen. Nach der Festsetzung dieses weitgehenden, sich auf alle Verbände solcher Art erstreckenden Reichsaufsichtsrechts war es vom Standpunkt der gleichmäßigen Behandlung geboten, auch der NSDAP. bei der Neubildung solcher Verbände keine besonderen Schranken aufzuerlegen. Schließlich ist auch das sogenannte Uniformverbot in die neue Verordnung nicht wieder aufgenommen worden. Die Reichsregierung hat sich zu seiner Aufhebung nicht ohne Bedenken entschlossen. Sie erwartet, daß gerade die Zulassung der Uniform die Führer in die Lage verzetzen wird, unbedingte Disziplin unter den Mitgliedern der Verbände zu halten. Sollte sie sich hierin getäuscht sehen und die Wiederzulassung der sogenannten Parteiuniformen Zusammenstöße zwischen den Anhängern der gegnerischen Verbände zur Folge haben, so würde sie genötigt sein, mit scharfen Bestimmungen gegen die schuldigen Verbände einzuschreiten.

Haben sich somit Reichspräsident und Reichsregierung entschlossen, eine weitgehende Milderung der bisher bestehenden Ausnahmestellen eintreten zu lassen, so haben sie gerade deswegen geglaubt, politische Gewalttaten mit strengen Strafen belegen zu lassen. Wer glaubt, die in weitem Umfange wiederhergestellte politische Freiheit zu Gewalttaten gegen den politischen Gegner mißbrauchen zu können, den soll die ganze Schärfe des Gesetzes treffen. Der Reichspräsident und die Reichsregierung erwarten von dem deutschen Volke und insbesondere von den politischen Parteien und Verbänden, daß die größere Freiheit des politischen Lebens, welche durch die neuen Vorschriften gewährleistet wird, nicht erneut zu einer Vermilderung der politischen Sitten führt und daß sich die politischen Führer aller Grade ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Deutschland bewußt sind und das Ihre dazu tun, um die politischen Kämpfe in dem Rahmen zu führen, der einer gestifteten Nation würdig ist. Reichspräsident und Reichsregierung lassen andererseits keinen Zweifel darüber, daß wenn diese Erwartungen sich als trügerisch erweisen sollten, neue und scharfe Ausnahmestellen die unvermeidbare Folge sein müßten.

Gewähr dafür, daß ihrerseits eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit nirgends bestehe.

Die „Völkische Volkszeitung“ schreibt: Niemand werde leugnen können, daß diese Notverordnung ein Geschenk an die Nationalsozialisten und daher parteipolitischen Ursprungs sei. Eine der Bedingungen sei hier erfüllt, die die Nationalsozialisten als Gegenleistung für die Tolerierung des Kabinetts Schleicher-Papen gestellt hätten.

Der neue Kurs in der Agrarpolitik

Der Reichsernährungsminister kündigt „grundmäßige Binnenmarktorientierung“ an.

Auf dem Neunten Rheinischen Landw. Genossenschaftstag legte Reichsernährungsminister Frhr. v. Braun in einer Rede dar, daß die Schwächung des Binnenmarktes eine der entscheidenden Ursachen der Arbeitslosigkeit sei. Durch die Zerrüttung des Binnenmarktes seien 3,5 Millionen arbeitslos geworden und diese Zerstörung sei nicht nur eine Folge der Weltwirtschaftskrise und der Tribute, sondern auch die Folge einer den Binnenmarkt nicht genügend berücksichtigenden Wirtschaftspolitik der letzten 15 Jahre. Diese stand noch völlig im Bannkreis von Gedankengängen der Vorkriegszeit. Man glaubte, daß die rapide Entwicklung der Weltwirtschaft, die wir in den Jahrzehnten vor dem Krieg zu verzeichnen hatten, sich in ungemindertem Tempo nach dem Kriege fortsetzen würde. Aber es kam zu einem förmlichen Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Diese Vorgänge lagen seit Jahren klar und offen zutage. Man begegnete ihnen nicht rechtzeitig durch wirksame Schutzmaßnahmen. Der Schutz der Getreidewirtschaft, der den deutschen Getreidebau im wesentlichen vor den Auswirkungen der Weltwirtschaft bewahrt, beweist, welche wirtschaftspolitischen Möglichkeiten in entsprechender Weise auch auf den anderen Gebieten bestanden. Nur allzulange gab man den deutschen Markt schutzlos den verheerenden Einflüssen der Weltwirtschaft preis.

Die in der ganzen Weltwirtschaft herrschende Parole „Rette sich wer kann“ schreibt uns zwangsläufig den künftigen Kurs unserer Wirtschaftspolitik vor. Der internationale Protektionismus verstärkt sich von Tag zu Tag, so daß es kaum noch möglich ist, die täglich gemeldeten neuen Schutzmaßnahmen in allen Ländern der Welt zu registrieren. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn unsere Ausfuhrüberläufe von Monat zu Monat zurückgehen. Fast zwangsläufig muß sich aus dieser Situation heraus eine immer stärkere Schrumpfung unseres Devi-

senstandes ergeben. Demnach ist eine Beschränkung unserer Einfuhr auch unerlässlich, um eine überstarke Finanzspruchnahme unseres Devisenbestandes zu verhindern.

Wenn unsere Zoll- und Handelspolitik in nächster Zeit grundsätzlich binnenmarktorientiert sein muß, so ist das nicht unser freier Wille, sondern von der Not diktiert. Die Regierung wird alles daran setzen, um neben der Pflege des Güterausstausches der Länder untereinander durch eine zielbewusste Binnenmarktpolitik, insbesondere unter Buhlfestnahme des Arbeitsdienstes, durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiete der Siedlung und der bäuerlichen Veredelungswirtschaft die deutsche Wirtschaft einer allmählichen Gesundung entgegenzuführen. Es ist selbstverständlich, daß gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftslage, in der unser Binnenmarkt, weil er nicht rechtzeitig gegen die verheerenden Wirkungen der Weltwirtschaft abgeriegelt wurde, stark geschwächt ist, die Rentabilität der Landwirtschaft nicht allein durch zoll- und handelspolitische Maßnahmen wieder hergestellt werden kann. Die Produktionskosten müssen in ein tragbares Verhältnis zu den Agrarpreisen gebracht werden. Die Betriebsmittelpreise und die Zins- und Steuerlasten sind dabei nicht zu umgehen.

v. Schleicher für Verständigung mit Frankreich

— Berlin, 17. Juni. Bei einem Empfang französischer Pressevertreter äußerte Reichswehrminister v. Schleicher über die französisch-deutschen Beziehungen: „Gerade die nationalen Parteien in Deutschland wünschen aufrichtig eine Zusammenarbeit mit Frankreich. Wir sind bereit, jedes wirtschaftliche Abkommen zu treffen, das Frankreich wünscht.“ Allerdings sei die deutsch-französische Zusammenarbeit an drei Bedingungen geknüpft: Frankreich müsse Deutschland von der Schulblüße befreien, die Tributzahlungen müßten beendet und die Ungleichheit der Rüstungen zwischen den beiden Ländern müßte aufgehoben werden.

Süddeutschland in der deutschen Staatskrise

Der württembergische Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Maier, M. d. L., nimmt in beachtenswerter Weise im Stuttgarter Neuen Tagblatt Stellung zu den verschiedenen kritischen Pressebetrachtungen über die Berliner Reise der drei süddeutschen Staatspräsidenten. Solche Ausprägungen seien auch der Regierung Brünning gegenüber erfolgt. Da die neue Regierung in Berlin bewußt einen ganz neuen Kurs verkündet, es aber unterlassen hatte, über den positiven Inhalt ihres Programms sich auszusprechen, sei es Pflicht der Landesregierungen gewesen, Klarheit zu verlangen. „Täuschen wir uns nicht darüber, daß die Frage Süddeutschland und das Reich in viel höherem Ausmaß als bisher eine wichtige Rolle spielen wird. Wenn nicht alles trägt, wird Süddeutschland in den nächsten Monaten dazu berufen sein, dem Reich bedeutungsvolle Dienste zu leisten.“ Das Reich stehe in der schwersten Staatskrise seit 1871. Die neue Notverordnung zeige, daß auch die neue Regierung auf genau dieselben oder ganz ähnliche Mittel angewiesen sei, wie die alte. Die Unterstütsungsfrage sei längst ein staatspolitisches Problem allerersten Ordnung geworden. Die großen Industriebezirke des Nordens, Sachsens, Mitteldeutschlands, Oberschlesiens, Ruhrgebiets werden zu gefährlichen Unruheherden. Ihnen müssen Stützpunkte der Ordnung und Ruhe entgegengesetzt werden, Anklamierungspunkte, an denen das Reich die Staatskrise überwinden könne. Allein schon das Bewußtsein, daß der deutsche Süden, insbesondere Württemberg, ein zuverlässiges Bollwerk gegen den politischen und wirtschaftlichen Umsturz bilde, werde die Widerstandskraft des Nordens erhöhen. In der preussischen Frage, in der die Reichsregierung einen offensichtlichen Mißerfolg erlitten habe, sei der Süden nur Zuschauer. Aber er sei in Gefahr, in den Hegentessel mit hineingerissen zu werden. Diese Gefahr sei am sichersten zu bannen, wenn in Süddeutschland eine einmige Front bestehe, um den Ueberkampfseserigen im Norden ein entschlossenes „bis hierher und nicht weiter“ zuzurufen. Als „Vorgang“ erinnert Wirtschaftsminister Dr. Maier an die Stuttgarter „Protestation“ der süddeutschen Staatsleiter am 26. Januar 1919. Damals habe die gemeinsame süddeutsche Front vom Linkssozialismus ausgehende Berliner zentralistische Strömung mit Erfolg zum Scheitern gebracht.

Die neuen Unterstütsungssätze

4,50 RM bis 27,90 RM wöchentlich

Nunmehr ist die Zusatzverordnung über die Höhe der Arbeitslosenunterstützung und über die Durchführung öffentlicher Arbeiten erschienen. Es handelt sich um eine Zusatzverordnung zur letzten Notverordnung. Die Unterstütsung richtet sich nach den Ortsklassen, den zuschlagsberechtigten Angehörigen und nach der Lohnklasse. In Orten der Sonderklasse und der Lohnklasse A beträgt die wöchentliche Unterstütsung in der untersten Lohnklasse 1 5,10 RM, liche Unterstütsung in der untersten Lohnklasse 1 5,10 RM, ohne zuschlagsberechtigte Angehörige. Sie erhöht sich bis auf 6,90 RM in dieser Lohnklasse bei sechs oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen. In der Lohnklasse 11 sind 11,70 RM bis 27,90 RM als wöchentliche Unterstütsung vorgesehen. In den Ortsklassen B-E beträgt die Unterstütsung in Orten mit 10 000 Einwohnern und weniger ohne zuschlagsberechtigten Angehörige 4,50 RM, mit sechs oder mehr 5,70 RM in der Lohnklasse 1; in Lohnklasse 11 ohne Angehörige 8,40 RM und als Höchstfah 19,20 RM. In Orten der Ortsklasse B bis E, die mehr als 10 000 Einwohner haben, ist die niedrigste Unterstütsung 5,10 RM, und die höchste 9,90 RM, wenn keine zuschlagsberechtigte Angehörige vorhanden sind. Die höchste Unterstütsung beträgt 6,90 RM bzw. 24,30 RM, danach beträgt die niedrigste Unterstütsung also 4,50 RM, wenn keine Angehörige, und die höchste 27,90 RM, wenn sechs oder mehr zuschlagsberechtigte Angehörige vorhanden sind.

Wie die finanzpolitische Notverordnung zu werten ist

Staatssekretär Zarden spricht im Rundfunk.

U. Berlin, 17. Juni. Am Donnerstagabend sprach für den in Lausanne weilenden Reichsfinanzminister der neue Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Zarden, im Rundfunk über den finanzpolitischen Inhalt der Notverordnung. Er gab noch einmal die schon in der amtlichen Erläuterung zur Notverordnung enthaltenen Zahlen über die Einnahmen und Ausgaben in den Haushalten von Reich, Ländern und Gemeinden, sowie über die neuen Steuern. Am Schluß führte der Staatssekretär aus: „Ich bin vorgestern in einer Pressebesprechung im Reichsfinanzministerium gefragt worden, worin denn gegenüber der angekindigten letzten Notverordnung der Regierung Brünning hier eine Verbesserung läge. Das läßt sich natürlich nicht feststellen, aber eine solche Frage geht meines Erachtens auch an dem Kernpunkt der Sache vorbei. Der Herr Reichsfinanzminister hat den Pressevertretern in Lausanne gestern abend erklärt, daß der Zusammenbruch der öffentlichen Hand einen Zusammenbruch der gesamten deutschen Wirtschaft nach sich ziehen müsse. Vor einem derartigen Ende müsse das Volk aber auf alle Fälle bewahrt bleiben. Diese Tatsache muß sich jeder Einzelne vor Augen halten. Nur unter diesem großen Gesichtspunkt darf die neue Notverordnung gewertet werden.“

Die NSDAP.

zur politischen Notverordnung

Zur Aufhebung der SA-Verbotes durch die Reichsregierung bringt die nationalsozialistische Parteikorrespondenz einen Artikel, worin der Freude darüber Ausdruck gegeben wird, daß sich die Reichsregierung der Erkenntnis der staatspolitischen Notwendigkeit dieses Schrittes nicht entzogen habe. Aber gerade deshalb sei um so mehr zu erwarten, daß die zuständigen Reichsstellen nunmehr auch ihre Verordnung im ganzen Reich mit der gebotenen Tatkraft zur Durchführung bringen. Schon hätten die Regierungen in Bayern, Baden und Preußen erklärt, ihre bisherige Bestimmungen aufrecht zu erhalten. Das sei eine offene Sabotage des Sinnes und Inhalts der erlassenen Reichsgesetzesvorschriften, gegen die die NSDAP. ein unverzügliches Einschreiten der Reichsregierung erwarte. Die Disziplin der nationalsozialistischen SA- und SS-Verbände biete die absolute

Das tiefste Gesetz

Das tiefste Gesetz, das den Kosmos durchwaltet, ist das Opfer. In niederen Stufen unbewußt, Pflanze und Tier opfern sich den Menschen; in höheren freiwillig, aber in Erwartung eines Lohnes in dieser oder jener Welt; in den höchsten aus dem starken Liebesdrang heraus, der nicht anders kann und nur nach der Bedürftigkeit des Du und nicht nach dem Ich, und was ihm dafür wird, fragt.

H. Christaller.

Das Alte stirzt.

Am Freitagnachmittag stürzte in Hirsau die an einem alten Brunnen des Kurpötelgartens stehende Alzazie um. Der an sich gesunde Baum, über und über mit Efeu bewachsen, war an der Wurzel ausgehöhlt. Wohl hat er beim Sturz die Lichtleitung umgerissen, sonst ist glücklicherweise kein nennenswerter Schaden entstanden. Die gerade beim Mittagessen sich befindlichen Gäste kamen mit dem Schrecken davon.

„Beim Baden ertrunken“

Alljährlich bringen die Zeitungen eine große Menge von Nachrichten unter dieser Rubrik. Das Wasser fordert jedes Jahr seine Opfer. Meistens wird Krampf oder Herzschlag als Todesursache angegeben. Für viele Fälle mag das zutreffen, oft aber sind andere Ursachen mit im Spiele. Auch für unseren Bezirk dürfte es angebracht erscheinen, auf die elementaren Baderegeln hinzuweisen. Für so viele wird der Sprung ins kühlende Naß zum jähen Grab, weil sie in erhöhtem Zustand, ohne genügende Atempause und vorherige allmähliche Abkühlung, übereifrig sich ins Wasser stürzen. Das gilt besonders für Leute mit schwachem Herzen, denn nur selten vermag das Herz einen so raschen und starken Temperaturwechsel, der den ganzen Organismus lähmt und auch auf das Gehör und das Gehirn einwirkt, zu ertragen. Im Zusammenhang mit dem Gesichtssinn kommt nämlich bekanntlich dem Gehör die Funktion zu, das Gleichgewicht des Körpers zu regulieren und zu erhalten. Wird nun der Gleichgewichtssinn durch eine Unvorsichtigkeit oder natürlichen Einfluß beim Baden plötzlich gestört, so findet sich der Badende nicht mehr zurecht und verliert jede Empfindung für geordnete Bewegungen. Diese Gefahr besteht besonders bei Leuten mit verletztem Trommelfell, wenn kaltes Wasser in das innere Ohr eindringt. Vorsichtige Schwimmer verschließen daher die Ohren mit ölgetränktem Wattepfropfen. Vorsicht ist in erster Linie beim Baden in Gewässern geboten, in denen an verschiedenen Stellen kalte Unterströmungen auftreten. Nichtschwimmer sollen sich in keinem Falle weiter als bis zur Brusthöhe ins Wasser hineinwagen, zumal manche Ufer nach einigen Metern ganz steil abfallen. Bei der geringsten Gefahr verliert dann der Nichtschwimmer jede normale Ueberlegungs-fähigkeit und jeden Gedanken an eine natürliche Körperbewegung, die noch Aussicht auf Rettung bis zum Eintreffen weiterer Hilfe bieten könnte. Man sei daher sehr vorsichtig beim Baden in solchen Gewässern, deren Untergrundverhältnisse man nicht kennt. Das gilt auch für Kopsprungübungen, denn gar leicht könnte ein Pfahl oder großer Stein unter der Wasserfläche zum Verhängnis werden. Unter keinen Umständen bade man sofort nach dem Essen, denn in der Gefahr ist ein voller Magen ein Hindernis. Auch vermeide man allzu langes Verweilen in kühlerem Wasser ohne Pause. Warten bis der Körper vor Kälte zittert oder die Haut die buntesten Farben annimmt, ist kein Zeichen von Kühnheit, sondern Unvorsichtigkeit und Dummheit. Jedes Zuviel muß sich früher oder später rächen. Wo an Baderplätzen Algen, Wasserhahnenfuß oder andere Schlammgewächse sich im Wasser befinden, ist auch erprobten Schwimmern größte Vorsicht anzuraten. Die vielerlei Gefahren beim Baden lassen es von vornherein als ratsam erscheinen, daß man nie allein baden soll. Dies gilt vornehmlich für Kinder, die des Schwimmens meist unkundig sind, während die obligatorische Einführung des Schwimmsports in der Schule — die mancherorts allerdings mit großen Schwierigkeiten verbunden wäre — manches Menschenleben vor dem Ertrinken retten würde. Verne den hygienischen Wert des Badens und Schwimmsportes schätzen! Der Sommer ist die Jahreszeit, wo die körperliche Maschine des Menschen gründlich überholt werden muß. Bade aber nur an eingerichteten Baderplätzen.

*

Nagold, 17. Juni. Platzmeister Christian Wiedmaier bet der Firma Gebrüder Theurer verunglückte gestern beim Abladen von Stämmen und erlitt innere Verletzungen, die seine Ueberführung in das Krankenhaus notwendig machten. — Die Sammlung des Bezirkswohltätigkeitsvereins für die Unwettergeschädigten in Sulz hat bis heute ein Gesamtergebnis von 1832 *M.* erreicht.

Mönchberg Dtl. Herrenberg, 17. Juni. Nachts gegen 12 Uhr erschienen vor dem Hause des Schreinermeisters Ernst Miesmüller vier unbekannte, anscheinend uniformierte, jedenfalls aber mit Stahlhelmen bekleidete Männer. Der Führer der Bande gab sich als Leutnant vom 14. Badischen Infanterieregiment aus und behauptete, Befehl zu haben, bei dem Wohnungsinhaber (der als Kriegerevirensvorsitzender mit Wissen und Erlaubnis der Ortspolizeibehörde drei Gewehre und Platzpatronenmunition zum Zweck des Salutierens bei Beerdigungen von Vereinsmitgliedern in Verwahrung hat) eine Beschlagnahme von Waffen vorzunehmen. Das Vorgehen erfolge „auf Grund der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten“. Miesmüller ließ sich jedoch nicht einschüchtern und alarmierte die Nachbarschaft, worauf die Männer verschwanden.

Neustett, Dtl. Herrenberg, 17. Juni. Bei sieben Stück Vieh des Landwirts August Krauß stellte der Tierarzt Schlundlähmung fest. Es bestand Verdacht auf Futtervergiftung. Ein Kind verendete, eine Kuh mußte notgeschlachtet werden. In einigen Wochen hätte sie zwei kräftige Junge zur Welt gebracht. Die anderen Tiere mußten verkauft werden. Der ganze Stall steht nun leer.

Calmbach, 17. Juni. Mittags schoß sich ein Wachtmeister der hiesigen Ortspolizei in seiner Wohnung eine Kugel in den Kopf. Er wurde sofort in das Bezirkskrankenhaus Neuenbürg eingeliefert. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Er ist Familienvater mit zwei Kindern.

Stuttgart, 17. Juni. Aus Anlaß der Aufhebung des Brauhendens-Verbotes hat der nat.-soz. Gauleiter für Württemberg, Abg. Murr, angeordnet, daß am Freitag und Samstag jeder Parteigenosse, SA- und SS-Mann, das Brauhend zu tragen hat.

Stuttgart, 17. Juni. Der Stuttgarter Gemeinderat hatte seine letzte Sitzung hinausgeschoben, weil man abwarten wollte, wie sich die den Gemeinden in Aussicht gestellte Reichshilfe auswirken wird und inwieweit sie ausreicht, um das im städt. Haushaltsplan noch vorhandene Defizit einzuschränken. Die Hoffnungen, die man bei der Vertagung hegte, scheinen nun aber immer mehr zusammenzuschrumpfen. Einmal berechnet man, daß auf ganz Württemberg nur 3 Millionen entfallen würden. Außerdem ist aber die Reichshilfe an allerlei Bedingungen geknüpft, die in Stuttgart nicht ohne weiteres erfüllt wären, nämlich die Senkung der Unterstufungsätze und die volle Ausnutzung der Steuerquellen. So fehlt in Stuttgart noch die Bürgersteuer. Infolgedessen sind die Aussichten, den Haushaltsdefizitbetrag in Höhe von 34 Millionen mit Hilfe des Reiches wesentlich anders zu gestalten, offenbar sehr gering geworden.

Stuttgart, 17. Juni. Der Haushaltsplan der Stadt Tübingen wurde vom Gemeinderat endgültig verabschiedet. Die Summe der Ausgaben beträgt 2 379 000 *M.*, die der Einnahmen 1 509 000 *M.*, sonach Abmangel 870 000 *M.* Der Haushaltsplan ist vollständig ausgeglichen; es besteht also kein nicht gedeckter Restbetrag. Die Gemeindefinanzlage wird in der bisherigen Höhe von 20 Prozent erhoben.

Stuttgart, 17. Juni. Der Gemeinderat verabschiedete gestern den städtischen Etat für 1932. Die Einnahmen betragen 2 547 400 und die Ausgaben 4 562 400 *M.* Zur Deckung des Abmangels von 2 015 000 *M.* wurde wie im Vorjahre die Erhebung einer Umlage von 19 Prozent beschlossen. Trotzdem der Etat die letzten Reserven aufgezehrt hat, bleibt immer noch ein ungedeckter Abmangel von 225 000 *M.* übrig, der zunächst nicht gedeckt werden kann. Die Fürsorgekosten betragen über 1 Million *M.*

Aus Baden, 17. Juni. Auf Anordnung des Unterrichtsministeriums wurde den Schülern und Schülerinnen der badischen Schulen bekanntgegeben, daß die heutige Wirtschaftslage Deutschlands es erfordere, bei dem Einkauf von Nahrungs- und Genussmitteln, Gegenständen des täglichen Bedarfs usw. nur einheimische Erzeugnisse zu berücksichtigen.

Wetter für Sonntag und Montag.

Der Hochdruck im Nordwesten schwächt sich langsam ab. Für Sonntag und Montag ist aber vorerst immer noch vorwiegend heiteres Wetter zu erwarten.

Schweres Zugunglück in England

Durch ein schweres Eisenbahnunglück bei Great Bridgeford in der Nähe von Stafford (Mittelengland) wurden drei Passagiere getötet und über ein Dutzend Reisende schwer verletzt. Die Zahl der Leichtverletzten ist noch nicht festgesetzt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaftsbörse.

Stuttgart, 17. Juni. Die Börse zeigte heute eine freundlichere Stimmung und es gab teilweise am Aktienmarkt leichte Kursaufbesserungen, doch blieb das Geschäft ruhig. Am Rentenmarkt behaupteten sich im wesentlichen die Kurse von gestern.

St. Berliner Produktenbörse vom 17. Juni.

Weizen märk. 252-254; Roggen märk. 187-189; Ruffenroggen 195; Futter- und Industrieerste 164-170; Hafer märk. 156-160; Weizenmehl 31-34,75; Roggenmehl 25,25 bis 27,25; Weizenkleie 10,10-10,65; Roggenkleie 10,10-10,30; Viktoriaerbsen 17-23; kl. Speiseerbsen 21-24; Futtererbsen 15-17; Pelusken 16-18; Ackerbohnen 15-17; Vikfen 16-18; Lupinen blaue 10-11; dto. gelbe 14,50-16; Weinkuchen 10,30-10,40; Erdnußkuchen 10,60; Erdnußkuchennmehl 10,80; Trockenschrot 8,70; Extrahiertes Soyabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 10; dto. ab Stettin 10,90; allgem. Tendenz: fest.

Viehpreise.

Herrenberg: trächtige Kühe 320-340, Milchkuhe 340-400, Schaffkuhe 330-340, Kalbinnen 360-450, Jungrinder 100 bis 200 *M.* — Sauglau: Farren 110-252, Döfen 155-585, Kühe 195-360, Kalbeln 120-370, Rinder und Jungvieh 70-200 *M.*

Schweinepreise.

Kalen: Milchschweine 15-22 *M.* — Buchau a. S.: Milchschweine 18-22 *M.* — Oberndorf a. N.: Milchschweine 12,50 bis 15 *M.* — Oberstenfeld: Milchschweine 10-19 *M.* — Schupfenried: Milchschweine 16-20 *M.* — Tettnang: Ferkel 10 bis 20 *M.* — Tübingen: Milchschweine 18-25 *M.* — Waldsee: Milchschweine 14-19 *M.*

Bönnigheim: Milchschweine 11-12, Läufer 26 *M.* — Ereglingen: Milchschweine 11-17,50 *M.* — Dillingen: Milchschweine 15-18 *M.* Gaildorf: Milchschweine 12-18 *M.* — Herrenberg: Milchschweine 15-40; Läufer 31-34 *M.* — Schönbürg: Milchschweine 10-16 *M.* — Schramberg: Milchschweine 10-16 *M.* — Sauglau: Ferkel 16-18 *M.* — Winnenden: Milchschweine 18-22 *M.*

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrsloste in Zuschlag kommen. Die Schriftl.

Ergebnis der Schweinezählung vom 1. Juni

Unter 8 Wochen alte Schweine (Ferkel) 134 445 (am 1. März 1932: 125 201), 8 Wochen bis 1/2 Jahr alte Schweine (Jungschweine) 246 902 (231 828), 1/2-1 Jahr alte Zuchtbeber 905 (954), 1/2-1 Jahr alte trächtige Zuchtsäue 9061 (5410), alle anderen 1/2-1 Jahr alte Zuchtsäue 5991 (5374), alle anderen 1/2-1 Jahr alte Schweine 75 023 (91 563), 1 Jahr alte und ältere Zuchtbeber 1546 (1444), 1 Jahr alte und ältere trächtige Zuchtsäue 25 784 (25 103), alle anderen 1 Jahr alte und älteren Zuchtsäue 16 048 (15 331), alle anderen 1 Jahr alte und ältere Schweine 3407 (6640). Gesamtbestand 519 113 (558 853).

Kirchliche Nachrichten

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 19. Juni:

8 Uhr: Frühmesse.

9.30 Uhr: Amt mit Predigt.

1.30 Uhr: Andacht.

Montag, 8 Uhr: Gottesdienst in Bad Liebenzell.

Mittwoch, 8.30 Uhr: Gottesdienst in Bad Leinach.

Beichtgelegenheit Samstag 4-5.30 Uhr nachm., Sonntag ab 7 Uhr.

Omnibus-Fahrt nach Sulz

Samstag 20⁰⁰ ab Bahnhof, Fahrpreis 1 *M.* Ortsgruppe Calw.

Anmeldung erwünscht bis Samstag mittag 4 Uhr b. Schreinermeist. Schäfer Telefon 124

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert **Montag, den 20. 6., 10 Uhr in Bad Liebenzell:**

1 Pflanzboden, 1 Schreibtisch mit Aufsatz, 1 Kontrollkassette, 1 Vertikow, 1 elektr. Blocker, 1 elektr. Herd, neu, mit 4 Aluminiumhaken, Stahlbratbackel u. 2 Backblechen. Die Versteigerung findet statt. Zusammenkunft beim Rathaus.

Ger.-Vollz.-Stelle.

Die Saison geht zu Ende

fr. Spargel

I. Sorte Pfd. **40** Pfg.

II. Sorte Pfd. **20** Pfg.

Pfannkuch

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert **Dienstag, 21. 6., 7 Uhr in Stammheim:** 26,52 a Heugras im Gewand Rotanne. Zusammenkunft beim Rathaus.

Ger.-Vollz.-Stelle.

Ständig. Inserieren bringt Gewinn

Sonne BRIKETS

Carbolineum empfiehlt **E. Kirchherr Zimmermeister** Sommerliche **Wohnung von 2-3 Zimmern** hat zu vermieten **Hettler, Hirsau**

Kleidernähen erstklassige und rasche Bedienung, mit u. ohne Stofflieferung durch **Frau Nege, Bahnhofstr. 20** Daselbst reichhalt. Musterkollektion in mod. Kleiderstoffen aller Art, Leibwäsche, Bettwäsche und Anzugstoffen.

Singer-Nähmaschine fast wie neu hat äußerst preiswert abzugeben **Clara Hennesarth Singerfiliale**

Suche sofort jungen fleißigen Knecht (möglichst 14-16-jährig) **Fr. Haish Weizenmühle (Leinachtal) Telefon Neumüller 17**

Anzeigenreklame hilft dem Geschäftsmanne

Wanderung durch die Stadtwaldungen

am Sonntag, d. 19. Juni 1932. Unsere Mitglieder sind zu zahlreicher Beteiligung eingeladen u. Freunde der Natur willkommen. Die Führung übernimmt Förster **Winterle**. Abmarsch 8 Uhr vom Georgenäum. **Schwarzwaldberein Calw.**

Freundl. möbliertes Zimmer sofort zu mieten gesucht. Angebote unter **E. T. 140** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Heugras zu kaufen gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Amtl. Bekanntmachungen

Sagung der Oberamtsparkasse.

Die Verhältnisse der Oberamtsparkasse sind nach dem Sparkassengesetz vom 24. März 1932 durch Sagung geregelt worden, welche in dem Schalteraum der Sparkasse durch Aushang zur öffentlichen Kenntnis gebracht ist.

Calw, den 16. Juni 1932.

Oberamt: Rippmann.

Einstellung in die Württ. Schutzpolizei

Anfang Oktober 1932 werden bei der Polizeischulabteilung Ellwangen Polizeischüler eingestellt.

Bewerbungsgesuche sind bis spätestens 8. Juli 1932 an die Polizeischulabteilung Weingarten zu richten. Dem Gesuch ist nur ein ausführlicher Lebenslauf mit Geburtsdatum, Angabe der Schulbildung, der Größe ohne Schuhe gemessen und der Bahnstation des derzeitigen Wohnorts beizufügen. **Merkblätter** über die Einstellung, aus denen alles Nähere über die **Aufnahmebedingungen** u. dgl. ersichtlich ist, sind erhältlich.

In Stuttgart: Auf den Polizeiwachen und bei den Polizeidienststellen, **sonst:** Beim Bürgermeisteramt, Teilgemeindevors'cher, Landjägerstationskommando, staatl. Polizeiamt (Polizeiwache) und Oberamt.

Calw, den 15. Juni 1932.

Oberamt: Rippmann.

Calw.

Das städt. Flußbad in der Nagold ist eröffnet

Bäderpreise:

Einzel 10 Karten Dauerkarten	
Schwimmbad mit besond. Zelle:	20 ♂ 1.80 RM. 5.— RM.
Schwimmbad ohne besond. Zelle:	15 ♂ 1.30 RM. 3.75 RM.
Kinderbad	5 ♂ — 1.25 RM.

Die Tageskarten können in der Badeanstalt gelöst werden. Die Dauerkarten werden auf den Namen des Inhabers ausgestellt, sind bei der Stadtpflege zu lösen und bei der Abnahme zu bezahlen.

Die für den Badebetrieb geltenden Bestimmungen sind in der Badeanstalt angeschlagen. Die Beachtung derselben wird den Badegästen eingeschärft.

Zu fleißiger Benützung der Badeanstalt wird eingeladen.

Calw, den 17. Juni 1932.

Bürgermeisteramt.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.

Erntearbeiter.

Wir machen darauf aufmerksam, daß **Erntearbeiter der Kranken- und Arbeitslosenversicherungspflicht** unterliegen.

In Zweifelsfällen wolle bei der Kasse Auskunft eingeholt werden.

Calw, den 17. Juni 1932.

Vorstandsvorsitzender: Max Wever. Direktor: Prof

Oberpostdirektion Stuttgart

Bergebung v. Hochbauarbeiten für d. Posthausneubau in Calw

und zwar:

Gipfer-, Schreiner-, Schlosser- u. Malerarbeiten.

Die Vergabe erfolgt auf Grund der Verbindungsordnung für Bauleistungen (B. D. B.) aufgestellt vom Reichsverdingungsausschuß Aug. 1925 (Neueste Auflage). Die Unterlagen können bei dem unterzeichneten Amt in der Zeit vom 17. Juni bis 23. Juni 1932 abgeholt werden. **Angebote** sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen, ebenda bis 25. Juni, vormittags 11^{1/2} Uhr einzureichen. Zu dieser Zeit findet die Eröffnung der Angebote statt, welcher die Bieter beiwohnen können.

Calw, den 15. Juni 1932.

Die Bauleitung für den Postneubau Calw

Calw, Badstraße 41.

Autovermietung

Empfehle meinen



2 1/2-Tonnen-Lieferwagen

mit Omnibusaufbau für 35 Personen, sowie für Transporte aller Art bei **billigster Berechnung.**

Wilh. Bofsch, Landesproduktionshandlg. u. Autovermietung Säckingen Telefon Säckingen 39

Haben Deine Möbel Kival

einmal keinen Glanz mehr, nimm **Nur noch 80 Pf., Doppelpf. 1.45 Mk.** Erhältlich: Ritterdrogerie C. Bernsdorff Reinhold Hauber, Carl Serva, Otto Vinçon. Liebenzell: Drogerie Himperich.

Solides, fleißiges

Mädchen

nicht unter 20 Jahren, welches schon in Stellung war und in Küche bewandert ist, wird auf 1. Juli in einfach bürgerlichen Haushalt in Nähe Stuttgarts gesucht.

Schriftliche Angebote mit Lohnanspruch und Zeugnisabschriften unt. **Sch. D. 138** an die Gesch.-St. ds. Bl. erbeten.



Mannschaftswettkampf im Volksturnen Turnverein Pforzheim von 1834 - Turnverein Calw von 1846

Läufe (100 m, 800 m) / Kugelstoßen / Hochsprung / Weitsprung Schleuderball / 4x100 m und -Schwedenstaffel

Eintrittspreise: Für Mitglieder 20 Pfg., Nichtmitglieder 30 Pfg. Turn- und Spielplatz Hirsauerstr.

Sonntag, den 19. Juni 1932 - Beginn 2 Uhr

Bad Liebenzell-Wochenprogramm

Samstag, 18. Juni nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert abends 8^{1/2}-12 Uhr Tanzabend im Kurjaal Eintritt 50 Pfg. pro Person

Sonntag, 19. Juni vorm. 11-12 Uhr Promenadekonzert in den Kuranlagen nachmittags 1/4-6 Uhr Kurkonzert abends 8^{1/2}-9^{1/2} Uhr Kurkonzert anschließend Tanz im Kurjaal

Montag bis Samstag abends 8^{1/2} Uhr Großer Bunter Abend unter Mitwirkung erster Stuttgarter Künstler. Gesang, Tanz, Humor, Stimmung. Anschließend Kurhausball

Mittwoch, 22. Juni Eintrittspreise: Ref. Platz 1.25, 1. Platz 1.— RM., Galerie 75 Pfg. — Tischbestellung Telefon Nr. 70. Samstag, 25. Juni abends 8^{1/2}-12 Uhr Tanzabend im Kurjaal Eintritt 50 Pfg. pro Person

Städt. Kurverwaltung.

Sie ist da

die billige

Agfa-Preis-Box-Camera

Mk. 4.—

Nützen Sie sofort diese einmalige Gelegenheit und erwerben Sie diese schöne Camera zum Preise von

Nur im Photohaus H. FUCHS, Marktplatz oder Verkaufsstelle Zigarrenhaus BINDTNER, Bahnhofstraße

Rohrzug billig

ohne Steuerzuschlag

Wolffstoff in Flaschen

Wagenfett Pfund 25 ♂

Motoröl Liter 58 ♂

Bodenöl bestes, Liter 40 ♂

Leinöl doppelt gehocht

jämliche Delfarben

Carbolinenn

bei Mehrabnahme billigt

empfehlen

Carl Straile, Althengstett

Feinster Zwieback

gezuckert und ungezuckert (letzterer für Magen- und Darmleidende).

Aerztlich empfohlen.

Zwiebackmehl

das beste für Kinder.

Eugen Hayd

Konditorei - Telefon 299

Unterricht

zu billigem Preis in Englisch, Französisch und andern Schulfächern sowie im Klavierpiel

erteilt im Hause der Schüler

H. Härter-Schwald Lehrerin a. D. Hirsau.

Auskunft und Anmeldungen im Haus Schüle, Badstr.

Für die Badezeit

empfehle:

Badeanzüge

von 1.— an

Badehosen

Bademützen

Badeschuhe

Wasserbälle 1.—

Ring-Tennis

—85, 1.—, 1.25

Karl Stüber

Biergasse

Anfertigung von:

Knopflöchern

Kurbeln-Verwahräume

Namenstickerei

Plissee u. Hohlraum

bei sorgfältigster Bedienung

Fr. Herzog

Inh. P. Rathgeber

Telefon 100, Marktstraße 19

Sensen

Gabeln

Silicart-Wehsteine

sowie sämtliche

Erfahrung

empfehlen

Fr. Volz

Oberreichenbach

Dr. med. Köbele, Nagold verreist



Stuhlverstopfung

beseitigt das Naturprodukt

Neda-Fruchtewürfel

Alterbeschwerden

hindern Knoblauchtabletten

„Nedalin“

In Apotheken, Drogerien

und Reformhäusern zu haben.

Neda-Werk, München 13

Bestimmt zu haben:

Reformhaus Pfeiffer, Badstraße

Verstopfung!

„Sani Drops sind ein ausgezeichnetes Mittel. Ich hatte Darmträgheit und Verstopfung, alles ist wie weggeblasen, fühle mich frisch und munter wie nie zuvor.“ Kurpackung RM. 2.75; Notpackung RM. 1.50

Zu haben in den Apotheken zu Calw, Leinach & Liebenzell.

„Concordia“ Calw

Morgen Sonntag, 19. Juni, von 11-12 Uhr im Stadtgarten

Liederstunde

Frauen-, Männer-, Gemischte Chöre.

Eintrittspreis: 30 Pfg.

Hiezu ergeht herzliche Einladung.

Kirchengesangverein Calw

Samstag, den 25. Juni, abends 8^{1/2} Uhr im Vereinshaus (großer Saal)

Kammermusik

Klavierkonzert von Händel
Violin-Konzert von Bach
Flöten-Konzert von Mozart
Bach-Arie und Lieder von Schumann, Schubert, Wolf.

Mitwirkende: Albrecht Werner (Gesang)
Fanny Schiler (Violine)
Hedwig Dieterich (Klavier)
Ulrich Rheinwald (Flöte)

Leitung: Hermann Wall.

Bezifferte Plätze zu RM. 1.—, unbezifferte zu 60 Pfg. in der Buchhandlung Kirchherr.

Lichtspiele Badischer-Hof, Calw

Morgen Sonntag mittag 3^{1/2} Uhr, abends 8 Uhr

Der Großfilm

Soll und Haben

7 Akte nach dem weltbekannten Roman von GUSTAV FREYTAG

Mit Beiprogramm

Jugendliche haben Zutritt

Sportplatz Altburg

Sonntag, den 19. Juni 1932

Fußball-Spiele

FV. Calw I - FC. Altburg I

Vorspiel 2. Mannschaften - Beginn 1/2 und 3 Uhr

Wald-Café

im Stadtgarten wieder geöffnet

Reelle Bedienung, normale Preise

Inh. Wilh. Bauer
(Café Wurster)

2- u. 4-Zimmer-Wohnung

mit Zubehör und Garten sofort oder später zu vermieten.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

1-2 Morgen gute

Wiese od. Acker

eventuell auch

Wald

zu kaufen gesucht.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Geschäftshaus

mit 3 Wohnungen

Laden u. schönem Garten

ist sofort in Calw unter günstigen Bedingungen sehr billig zu verkaufen.

Angebote unt. **S. S. 138** an die Gesch.-St. ds. Bl. abgeben.

Für den Bezirk Calw ist eine für das ganze Leben garantierte Existenz mit hohem Einkommen zu vergeben. Es handelt sich nicht um den Verkauf itg. wch. Waren, noch Versicherungen od. Verjud v. Privatkundschaft. In Betracht kommt nur tüchtiger Geschäftsmann. Angebote unter **S. U. 140** an die Gesch.-St. ds. Bl.

Volkswohl Krankenunterstützungskasse

Freie Wahl zwischen Ärzten und Heilkundigen Behandlung als Privatpatient

Billige Familienkasse Monatsbeitrag in Gr. II für das Mann RM 5.— und ohne Frau RM 3.—, Kinder bis 21 Jahre je RM 1.—

Keine Prachtbauten Ueberschüsse kommen den Mitgliedern zugute

Bitte ausschneiden und einstecken (4 Pfg. Porto)
Machen Sie mir bitte kostenlos und unverbindlich ein Kondratgebot
Name
Anschrift

Unverbindliche Auskunft und Prospekte durch Frau Anna Deuschle, Calw, Stuttgarterstraße 57.